

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Matheis
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/93845

Mail: info@linksfraktion-ps.de

Internet: www.linksfraktion-ps.de

Antrag zur Stadtratssitzung am 26. Februar 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

12. Februar 2018

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 26. Februar 2018 zu setzen.

Integrationsmaßnahmenprogramm

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die folgenden Integrationsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit Trägern, Einrichtungen, der Zivilgesellschaft sowie der Landesregierung zu initiieren, auszubauen, zu fördern, zu unterstützen sowie im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bzw. geltender Gesetze personell und finanziell bedarfsgerecht auszustatten:

- Die Stadt Pirmasens entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Südwestpfalz sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Imagekampagne zur Willkommenskultur und betreibt eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Lebenslagen und Kultur von Migrantinnen und Migranten.
- In kommunalen Bildungs- und Kultureinrichtungen werden geeignete Kurse und Projekte zur Vermittlung interkulturellen Wissens entwickelt und angeboten
- Für Behörden, Verwaltungen, Institutionen und Unternehmen werden Weiterbildungsangebote zur interkulturellen Öffnung entwickelt und angeboten
- Die Stadt Pirmasens bildet einen Migrationsbeirat bestehend aus Mitgliedern der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Er dient der Beratung und soll spezifische Sichtweisen und Anregungen von Migrantinnen und Migranten in die kommunalpolitische

Diskussion einbringen und an deren Entscheidungen mitwirken sowie Potentiale der Migration thematisieren, die Schaffung gleicher Teilhabemöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft unterstützen und in der Mehrheitsbevölkerung für eine partnerschaftliche Integration geflüchteter Menschen werben.

- Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an kostenlosen Sprachkursen für Asylsuchende und Migrantinnen und Migranten unabhängig von Bleibeperspektiven ab dem ersten Tag der Wohnsitznahme in Pirmasens.
- Geeignetes haupt- und ehrenamtliches Personal für Sprachkurse wird laufend geworben und eine angemessene Vergütung gewährleistet. Sprachkurse sind qualitativ und quantitativ mit ansprechendem Unterrichtsmaterial auszustatten
- Die Stadtverwaltung stellt für jedes anspruchsberechtigte Kind gleich welcher Herkunft einen wohnortnahen Kitaplatz sicher. Die Fachplanung für den Bereich Kita ist kontinuierlich und unter Beachtung der besonderen Bedarfe für Flüchtlingskinder zu aktualisieren.
- Für Kitas sind gut ausgebildete Dolmetscher bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen, Eltern von Flüchtlingskindern werden umfassend und in verständlicher Art und Weise über Kitaangebote und rechtliche Rahmenbedingungen informiert sowie niedrigschwellige Angebote für die Nutzung noch freier Kapazitäten im Kita- und Schulbereich außerhalb des Innenstadtbereichs unterbreitet, unter Umständen durch Ausnahmeregelungen bei der Schulbezirkseinteilung.
- Fachkräfte in Bildungseinrichtungen sind gezielt zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen zu qualifizieren und Fortbildungen laufend anzubieten. Der Einsatz von Quereinsteigern bzw. Absolventen des Bundesfreiwilligendienstes ist im vorgegebenen Rahmen übergangsweise und zur Überbrückung bestehender Engpässe unumgänglich, aber nicht als Dauerzustand zu etablieren
- Fortschreibung des Schulentwicklungsplans unter Berücksichtigung besonderer integrativer Anforderungen und Bedarfe, z.B. zur Einrichtung von Klassen mit Deutsch als Zweitsprache
- Die Personalausstattung der Schulsozialarbeit im Bereich Kita und Schule verbessern und ausbauen, insbesondere zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen und dem Aufgabenzuwachs gerecht zu werden
- Einrichtung von Angeboten zur Nachqualifizierung bei ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen, Einrichten von Vorbereitungsklassen mit berufspraktischen Angeboten, um die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung vorzubereiten
- Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Berufspraktika-Angeboten für Migrantinnen und Migranten

durch zielgerichtete Zusammenarbeit mit Wirtschaftsförderung, Kammern und Agentur für Arbeit bzw. Jobcenter

- Zielgerichtete Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen zur Einstellung von geeigneten ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Agentur für Arbeit bzw. Jobcenter ausbauen und fördern
- Der Stadtverwaltung, den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben kommt eine Vorbildfunktion bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu
- Im Gesundheitswesen werden bürokratische Hürden für Asylsuchende abgebaut und das System der Behandlungsscheine durch eine Gesundheitskarte abgelöst. Zu Gesundheitsthemen werden von den Leistungsträgern mehrsprachige Materialien und ein mehrsprachiger Gesundheitswegweiser fortlaufend erarbeitet und aktualisiert.
- Etablierung einer eigenständigen Flüchtlingssozialarbeit und professionellen Beratungsarbeit für die soziale Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen bei der Alltagsbewältigung, Wohnungssuche, Anmeldung von Kindern in Kitas und Schulen, bei Behördengängen etc.
- Einrichtung eines öffentlich zugänglichen, computergestützten Beschwerdemanagements im Bereich Asyl und Migration, insbesondere als Anlaufstelle für Asylsuchende und Flüchtlinge, ehrenamtlich Tätige, Vereine etc.
- Zielgerichtete Unterstützung und Förderung von Vereinen bei der Einrichtung von Beteiligungsmöglichkeiten für Asylsuchende und Flüchtlingen an sportlichen, kulturellen und anderen Freizeitangeboten, Unterstützung bei der Kontaktaufnahme oder beim Besuch von Veranstaltungen
- Qualifikationsangebote für Vereine zum Erwerb interkultureller Kompetenz, Unterstützung von Bemühungen zur interkulturellen Öffnung und Abbau von Zugangsbarrieren
- Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen von Ehrenamtlichen und Erarbeitung von geeigneten Informationsmaterialien, insbesondere zur Gewinnung von ehrenamtlichen Integrationshelfern unter Asylsuchenden sowie Migrantinnen und Migranten

Begründung

Am 12. Oktober 2015 hatte die Stadtratsfraktion DIE LINKE die Erarbeitung und Verabschiedung eines Gesamtkonzepts für die Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen beantragt. Unter dem Eindruck der damals absehbaren Zuweisungen nach dem Königsteiner Schlüssel und des darüber hinaus zu erwartenden Zuzugs sollten insbesondere die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen gewährleistet, die Bedarfsplanungen für Kindertagesstätten und

Einrichtungen der Jugendpflege sowie psychosozialen Betreuung mit Stellenplanung aktualisiert und der Schulentwicklungsplan in Hinblick auf die Schaffung von Kapazitäten für schulpflichtige Flüchtlingskinder fortgeschrieben werden. Dies alles hielt man damals für entbehrlich. Pirmasens sei optimal vorbereitet und ausgestattet und der Pakt für Pirmasens würde es schon richten.

Heute, zwei Jahre später, konnte sich der Stadtrat überzeugen, dass Schulen, Kitas und Behörden überfordert sind, die geplanten Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen, Personal und Ehrenamtliche überlastet sind und berechtigterweise nach Hilfe und Unterstützung rufen.

Die Politik der ruhigen Hand und der Abwälzung auf Ehrenamtliche hat dazu geführt, dass Integration zu scheitern droht und sich die Stimmung in Pirmasens gegen Flüchtlinge wendet.

Die Stadt Pirmasens kann weder den Lehrermangel beseitigen, noch den Personalschlüssel für Kitas festlegen. Das ist Angelegenheit des Landes Rheinland-Pfalz. Insofern waren die Anhörungen der Pirmasenser Grundschulen und Kitas aufschlussreich, jedoch falsch adressiert.

Dies entbindet jedoch die Stadt Pirmasens nicht aus ihrer Verpflichtung, im eigenen Einflussbereich für Verbesserungen zu sorgen.

Die in diesem Antrag aufgeführten Hinweise und Anregungen zur Verbesserung der Integrationsarbeit entstammen sämtlich Integrationskonzepten, wie sie Städte wie Ludwigshafen, Frankenthal, Kaiserslautern und andere seit vielen Jahren vorhalten und konsequent umsetzen. Insofern wäre die Verabschiedung dieses Antrags nicht mehr als die Herstellung von Normalität.

Viele weitere Integrationsmaßnahmen sind denkbar und erwünscht und könnten Eingang in den vorliegenden Maßnahmenkatalog finden, der regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden sollte.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:

.....
Frank Eschrich, Vorsitzender

.....
Brigitte Freihold, stellv. Vorsitzende